

## **Pressemitteilung**

13.03.2013

### **Schlechter Straßenzustand im Landkreis Osterholz: CDU-MdL Vockert hält Regierungskurs für „gefährlich“**

\*\*\*Landtag diskutiert CDU-Entschließungsentwurf gegen Mittelumschichtungen im kommunalen Straßenbau

\*\*\*CDU wendet sich auch gegen Planungsmittel-Abzug für die A20

Die Diskussion über den schlechten Straßenzustand im Landkreis Osterholz und in anderen Teilen Niedersachsens wird heute auch den Landtag beschäftigen. Dort bringt die CDU-Fraktion den Entwurf für eine Entschließung mit dem Titel „Ja zum Ausbau der niedersächsischen Verkehrsinfrastruktur – Nein zur Verkehrspolitik von rot-grün in Niedersachsen!“ ein. Sie richtet sich unter anderem gegen Mittelkürzungen für den kommunalen Straßenbau; derartige Einschnitte sind im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung festgeschrieben. Die CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Vockert aus Schiffdorf berichtet, dass die Klagen über Schlaglöcher und die Bürger-Proteste im Kreisgebiet bereits in die fraktionsinternen Debatten zu der Entschließung eingeflossen seien.

Astrid Vockert sieht nicht zuletzt die jetzige Staatssekretärin im Wirtschafts- und Verkehrsministerium, Daniela Behrens aus Bokel, in der Pflicht. Als SPD-Landtagsabgeordnete habe Frau Behrens wiederholt die Zustände der Kreis- und Landesstraßen kritisiert und das Land zum finanziellen Handeln aufgefordert. Den Sanierungsbedarf für die Straßen in der Region habe Daniela Behrens im Herbst 2009 noch mit 30 Millionen Euro beziffert. „Daran muss sich Staatssekretärin Behrens heute erinnern und messen lassen“, so Astrid Vockert.

Die CDU-Landtagsabgeordnete verdeutlicht, was die Aussagen im Koalitionsvertrag ihrer Auffassung nach für den kommunalen Straßenbau bedeuten. Ein Umschichten der Mittel im Geltungsbereich des Entflechtungsgesetzes zu Gunsten des Öffentlichen Personennahverkehrs würde zu Minderausgaben von 25 Millionen Euro pro Jahr führen – Geld, mit dem das Land bisher anteilig zum Beispiel wichtige Kreis- und Gemeindestraßen, Ortsdurchfahrten sowie Geh- und Radwege bezahlt habe. Nach Meinung von Astrid Vockert ist das „ein völlig falscher, ja unter Sicherheitsaspekten sogar gefährlicher Weg“. Er sei

im Übrigen ein Indiz dafür, „dass für diese Landesregierung der ländliche Raum gedanklich weit entfernt liegt“.

In der Entschließung „Ja zum Ausbau der niedersächsischen Verkehrsinfrastruktur – Nein zur Verkehrspolitik von rot-grün in Niedersachsen!“, die in dieser Woche im Landtag eingebracht wird, spielt neben dem kommunalen Straßenbau noch ein weiteres Thema eine Rolle, das die Region Osterholz unmittelbar betrifft – nämlich die Küstenautobahn A20. Die CDU-Landtagsfraktion wird die Landesregierung laut Astrid Vockert dazu auffordern, dass die Planungsmittel für das Neubauvorhaben A20 – und auch für die A39 – nicht abgezogen werden, wie das der Koalitionsvertrag vorsieht. Die CDU-Landtagsabgeordnete erläutert: „Wenn die A20 nicht zu Ende geplant wäre und keine Baureife vorläge, würde der Bund für Niedersachsen vorgesehene Haushaltsmittel vermutlich in andere Bundesländer abfließen lassen müssen. In der Folge käme es zu einer mehrjährigen Bauverzögerung bei der Küstenautobahn – zu Lasten der Menschen und der Wirtschaft im Nordwesten, die einen großen Nachholbedarf gegenüber dem Süden haben.“ Auch an dieser Stelle sieht Astrid Vockert die Staatssekretärin Behrens in der Pflicht, die sich im Landtagswahlkampf – so wie ihr Minister Olaf Lies ebenfalls – für den baldigen Bau der A20 positioniert habe.